



Antrag AN 082/2011/08-14
Status: öffentlich
Datum: 26.01.2011

Einreicher: Fraktion FDP/FW/B90/GRÜNE

Betreff: Zustimmung der Haushaltssatzung unter Berücksichtigung nachfolgender Maßgaben

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit	Status
Gemeindevertretung	07.02.2011	Entscheidung	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten kann der Haushaltssatzung nur mit den im Sachverhalt genannten Punkten zustimmen.

Sachverhalt:

Die Ergebnishaushalte für die Jahre 2011 und folgende sehen unter Zugrundelegung nicht gesicherter GKI-Einnahmen nach aktuellem Entwurf, einen jährlichen Fehlbetrag von rund 2 Millionen Euro vor. Die o. g. Fraktion kann daher nur unter vorheriger Erfüllung nachfolgender Maßnahmen dem Haushalt 2011 zustimmen:

1. Die Verwaltung erarbeitet bis zum 28.02.2011 Vorschläge für einen Maßnahmenkatalog zur Haushaltskonsolidierung 2011 und fortfolgende Jahre, um diese Defizite erheblich abzuschmelzen bzw. in Gänze aufzufangen.
Dieser Maßnahmenkatalog wird den Fraktionen und den Ausschüssen spätestens zum 01.03.2011 zur weiteren Beratung vorgelegt. Die aus den Beratungen festgestellten zu realisierenden Maßnahmen sind in der Gemeindevertretung zu beschließen.
2. Im Ergebnishaushalt sind 3,2 Mio € Einnahmen aus der GKI-Maßnahme für 2011 eingestellt. Hierzu ist durch die Verwaltung ein Einnahmensicherungskonzept gleichfalls bis zum 28.02.2011 den Fraktionen sowie den Ausschüssen vorzulegen. Im Konzept werden ebenfalls Alternativen aufgeführt, wie bei Mindereinnahmen durch die GKI der Haushalt gesichert werden kann. Einnahmen aus der GKI-Maßnahme sind sofort zweckgebunden (für den Abschluss der Maßnahme) zu hinterlegen. Durch die GKI-Geschäftsführung (ggf. Nachfolgegesellschaft) ist in einem monatlichen Rapport über die Ergebnisse und die weiteren Maßnahmen beim BM, dem Kämmerer sowie den Fraktionsvorsitzenden mündlich und schriftlich Bericht zu erstatten. Der Haushalts- und Finanzausschuss ist darüber ebenfalls monatlich zu unterrichten und tritt bei Notwendigkeit kurzfristig zusammen, um Sofortmaßnahmen festzulegen.
3. Es sind keine Wieder- und Neueinstellungen in der Verwaltung für ausscheidende Mitarbeiter 2011 vorzunehmen.

Die Aufgaben der ausscheidenden Mitarbeiter werden im Sachgebiet verteilt. Sofern die Möglichkeit besteht, kann über eine Sonderzahlung auf Grund von Mehrbelastung diskutiert werden.

4. Der Haushalts- und Finanzausschuss beschäftigt sich ab sofort in jeder seiner ordentlichen Sitzungen mit der Einnahmesituation der Kommune. Er berät über Vorschläge zur weiteren Konsolidierung des Haushalts 2011 und folgende Jahre. Er berichtet in jeder Gemeindevertretung über den Stand der Ergebnisse bzw. schlägt der GV notwendige Maßnahmen vor.

Anlagen:

Antragskopie der Fraktion
FDP/FW/B'90 Die Grünen